

9	Kleine Anfrage Peter Bühler (SVP): Wer haftet, wenn der Gemeinderat im Verwaltungsrat einen Fehlentscheid fällt?	1296
	Eingänge	1298

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.45 Uhr

Vorsitzende

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Rolf Häberli	Heinz Rub
Michael Aebersold	Ueli Haudenschild	Erich Ryter
Raymond Anliker	Kurt Hirsbrunner	Annemarie Sancar-Flückiger
Thomas Balmer	Natalie Imboden	Sabine Schärer
Oskar Balsiger	Mario Imhof	Doris Schneider
Vinzenz Bartlome	Urs Jaberg	Beat Schori
Christof Berger	Daniele Jenni	Rolf Schuler
Peter Bernasconi	Michael Jordi	Miriam Schwarz
Dieter Beyeler	Stefan Jordi	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler-Graf	German Kalbermatten	Sylvia Spring Hunziker
Peter Blaser	Rudolf Keller	Ernst Stauffer
Markus Blatter	Markus Kiener	Barbara Streit-Stettler
Peter Bühler	Margareta Klein-Meyer	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Andreas Krummen	Béatrice Stucki
Anna Coninx	Peter Künzler	Hans-Ulrich Suter
Conradin Conzetti	Daniel Lerch	Max Suter
Dolores Dana	Liselotte Lüscher	Martin Trachsel
Martina Dvoracek	Markus Lüthi	Margrit Thomet
Karin Feuz-Ramseyer	Corinne Mathieu	Christian Wasserfallen
Andreas Flückiger	Christian Michel	Catherine Weber
Rudolf Friedli	Christoph Müller	Thomas Weil
Hans Ulrich Gränicher	Rosmarie Okle Zimmermann	Beat Zobrist
Guglielmo Grossi	Lydia Riesen	Andreas Zysset
Thomas Göttin	Simon Röthlisberger	

Entschuldigt

Jsabelle Blunschy Scheidegger	Stephan Hügli	Barbara Mühlheim
Verena Furrer-Lehmann	Daniel Kast	Philippe Müller
Jacqueline Gafner Wasem	Erik Mozsa	

Vertretung Gemeinderat

Therese Frösch DSO	Edith Olibet BUI	Kurt Wasserfallen FPI
Adrian Guggisberg HSE	Alexander Tschäppät PVT	

Entschuldigt

Klaus Baumgartner PRD	Ursula Begert DSI	
-----------------------	-------------------	--

Ratssekretariat
Jürg Stampfli

Stadtkanzlei
Stéphanie von Erlach

Mitteilungen der Präsidentin

Die *Vorsitzende*: Zuerst werden wir die Budgetberatung beenden. Wir werden das Traktandum 4 vorziehen, denn das BEA-Bern-expo-Geschäft, muss heute unbedingt beraten werden. Ich habe zudem ein Rücktrittsschreiben von Rudolf Schweizer erhalten, er wird es am Schluss der Sitzung verlesen.

1 Fortsetzung: Voranschlag für das Jahr 2005 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Beratung der Produktgruppen-Budgets

PGB Direktion für Soziale Sicherheit (DSO)

SBU-Vizepräsidentin *Karin Feuz-Ramseyer* (FDP): Grundsätzliche Ausführungen zu den Direktionen DSO und BUI hat die Kommissionspräsidentin Verena Furrer bereits an der letzten Stadtratsdebatte vorgebracht. Ich verweise auf diese Ausführungen und werde zu den Anträgen der Kommission in der Detailberatung Stellung nehmen. Die Kommission beantragt dem Stadtrat mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Produktgruppenbudgets der DSO zuzustimmen. Die BAK hat die Anträge der SBU gutgeheissen.

S. 184 /186	FDP-Fraktion	<i>Kürzung Globalkredit</i>
PG 310100	Kürzung Glo-	Streichung Aufwand für Notbetten um Fr. 40'000
Soziale Einrich-	balkredit	(P310410)
tungen		Globalbudget Sozialamt von Fr. 70'555'763 um Fr. 40'000 auf Fr. 70'515'763 kürzen
		<i>(Folge: Kürzung Nettoerlös Direktionsstabsdienste um Fr. 40'000; Lastenausgleich, 300300 Zentrale Dienste)</i>

Hans-Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Sie wissen von der letzten Stadtratssitzung, weshalb wir diese Anträge gestellt haben. Offenbar sind sie chancenlos, darum werde ich mich nicht weiter dazu äussern.

Direktorin DSO *Therese Frösch*: Ich möchte noch kurz darüber orientieren, wo das Geschäft steht, bevor Sie abstimmen. Vorbehältlich der Zustimmung des Stadtrats, haben wir dem CONTACT die Genehmigung erteilt, die Stellen auszuschreiben. Die Umfrage bei den Institutionen hat ergeben, dass sie Betten haben, und dass eine Notschlafstelle für Drogenabhängige notwendig ist. Man könnte allenfalls noch etwas reduzieren. Wir haben vor, im März nicht mehr geöffnet zu haben, so dass wir auf etwa 93 Franken kommen könnten. Wir haben noch 20'000 Franken im Budget, die wir nicht gebraucht haben und die restlichen 40'000 brauchen wir für das nächste Jahr.

Beschluss

Der FDP-Antrag zur Seite 184 / 186 wird mit 20 : 32 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 184 / 195	SVP/JSVP-	<i>Kürzung Globalkredit</i>
PG 310400	Fraktion	Streichung Beitrag Fr. 65'000 für Standplatz Buech (PG 310400); Globalbudget Sozialamt von Fr. 70'555'763
Ambulante So-	Kürzung Glo-	um Fr. 65'000 auf Fr. 70'490'763 kürzen
zialhilfe	balkredit	

Thomas Weil (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir sind davon ausgegangen, dass die Hilfsstrukturen und die Miete selbsttragend sind und man dafür keinen Beitrag sprechen muss. Es ist auch wieder ein Verfahren hängig bezüglich der Bauten. Man weiss nicht, ob sie überhaupt legal sind. Es wäre daher besser, den Entscheid abzuwarten, bevor dieser Beitrag gesprochen wird. Deshalb ist die Fraktion SVP/JSVP für die Streichung des Kredites.

Direktorin DSO *Therese Frösch*: Ich möchte klarstellen, dass eine subventionierte Miete als Kredit nicht mit einem Baugesuch vermischt werden darf. Viele Leute sind sozialhilfeabhängig und haben sich über zu hohe Mieten beklagt. Wir haben Vergleiche mit anderen Standplätzen für Fahrende in der Schweiz gemacht und festgestellt, dass die Mieten relativ hoch sind. Wir haben dann beschlossen, die Miete den andern Standplätzen anzugleichen. Darauf haben wir eine Reduktion beschlossen, welche die STABE gerne gemacht hätte, die aber wegen der Vorschriften nicht möglich ist. Unsere Direktion hat sich bereit erklärt, den Differenzbetrag aus der Subjekthilfe herauszulösen und auf einem separaten Konto als Objektkredit einzustellen, um gegenüber der STABE diese Forderung auszugleichen. Der Gemeinderat hat diesem Vorgehen zugestimmt. Es gibt keine vertragliche Vereinbarung, aber es gibt ein Gemeinderatsbeschluss.

Beschluss

Der SVP/JSVP-Antrag zur Seite 184 / 195 wird mit 15 : 44 Stimmen abgelehnt.

S. 203 / 184 PG 310600 Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration	SBU Erhöhung Glo- balkredit / Steuerungs- vorgaben	<i>Erhöhung Globalkredit und Steuerungsvorgabe</i> Globalkredit und Steuerungsvorgabe 2) des Sozialamtes werden erhöht: „Steuerungsvorgabe 2): 186 (10 neue Plätze für Jugendliche) [statt 176] sowie Erhöhung des Globalkredits des Sozialamtes von Fr. 70 555 763.00 um Fr. 42 120.00. “
---	--	--

SBU-Vizepräsidentin *Karin Feuz-Ramseyer* (FDP): An der Sitzung des 8. Juli 2004 hat die SBU beschlossen, den Jugendbereich um zehn Plätze aufzustocken. Das bedeutet eine Erhöhung von 176 auf 186 Plätze. Der Anteil, den die Stadt Bern an die zehn Plätze bezahlen muss, beträgt 42'120 Franken. Die SBU hat diesem Antrag mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Bei diesen Plätzen handelt es sich um eine Zwischenlösung für Jugendliche. Auch wenn es nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, ist es doch ein wertvoller Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Daniel Lerch (CVP) für die CVP/ARP-Fraktion: Ich unterstütze diesen Antrag, weil dies für die Jugendlichen sehr wichtig ist. Die Wirtschaft und das Gewerbe müssten aber vom Gemeinderat unterstützt werden, damit sie die Möglichkeit haben, solche Jugendliche einzustellen. Der Gemeinderat muss sich etwas einfallen lassen, wie Firmen bei der Schaffung solcher Nischenarbeitsplätze gefördert werden könnten.

Beschluss

Der SBU-Antrag wird mit 55 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

